

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #23/2017

2. Juli 2017

Die Fragen stellte Marian Ulrich Blok, Student im Masterstudiengang „Gesellschaften, Globalisierung und Entwicklung“ an der Universität Bonn.

Marian Ulrich Blok:

Frau Bundeskanzlerin, am Freitag beginnt in Hamburg der G20-Gipfel. Es geht um globales Wachstum, um Klimapolitik und um nachhaltige Entwicklung, um nur drei Stichworte zu nennen. Was genau verstehen Sie unter „Entwicklung“? Anderen Ländern helfen, so zu werden, wie wir schon sind?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Also erst einmal ist das Format der G20 – und ich freue mich natürlich, die Regierungschefs aus den Ländern begrüßen zu können – ein Format, das auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs entstanden ist, als wir die große Finanzkrise hatten. Das heißt, es ging darum, gemeinsam aus einer sehr schwierigen Situation nach dem, ja, „Zusammenfall“, muss man ja sagen, großer Teile der Finanzmärkte, die Welt und das Wachstum wieder zu stabilisieren. Dann hat man Regeln gemacht für die Finanzmarktprodukte und hat sich später dem Gedanken der Gesamtentwicklung weiter geöffnet. Weil das Verständnis ist: Es geht nicht einfach nur um Wachstum, sondern es geht um nachhaltiges Wachstum. Und es geht darum, dass alle daraus eine Gewinnsituation, also eine Win-Win-Situation für alle machen. Und dabei spielen wir natürlich all die Fragen, die wir heute unter inklusivem Wachstum oder nachhaltigem Wachstum fassen, also: Wie geht es mit den Ressourcenverbrauch? Wie ist die Verteilung von Reichtum in einer Gesellschaft geregelt? Wie viele Menschen kann ich mitnehmen? Und natürlich auch: Wie viele Länder profitieren davon? Diese Fragen sind mit Macht auf die Tagesordnung getreten. Und deshalb wird die Entwicklung der Welt mit Sicherheit nicht nachhaltig und inklusiv sein, wenn wir es einfach so machen, wie wir es immer gemacht haben, sondern: Klimaschutzabkommen, offene Märkte, verbesserte Handelsabkommen, in denen auch Verbraucherschutz, Sozialstandards, Umweltstandards enthalten sind. Das muss sich Schritt für Schritt weiterentwickeln.

In der letzten schwarz-gelben Koalition wollte der Minister Dirk Niebel sein Ressort abschaffen. Das erscheint insofern berechtigt, als dass Außenhandel in Entwicklungsfragen effektiver ist als die klassische staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Würden Sie die alte Teilung zwischen „egoistischem“ Außenhandel und „altruistischer“ Entwicklungshilfe auch in einer neuen Regierungskoalition beibehalten?

Naja, wir haben ja mehrere Ressorts, die sich praktisch mit den Fragen der Entwicklung beschäftigen. Das ist das Wirtschaftsministerium, das mit dem Handel zu sehen ist. Da sind die politischen Beziehungen zu anderen Ländern durch das Außenministerium, wo es natürlich auch um Krisenprävention geht: durch Gespräche, durch Arbeit im Vorfeld, durch friedliche Lösungen von Konflikten. Da ist das Entwicklungsministerium, und da ist natürlich in dem Ultima Ratio-Fall – wenn man gegen

Gewalt vorgehen muss – auch die Frage von Verteidigung und militärischem Einsatz. Und insofern ist das eine Zusammenarbeit vieler Ressorts, wenn man zu einer vernünftigen Beziehung oder Partnerschaft – zum Beispiel mit unserem Nachbarkontinent Afrika – kommen möchte. Ich würde das Entwicklungsressort nicht abschaffen, weil die Frage auch von nichtstaatlichen Akteuren – jenseits von Regierungen, die vielleicht nicht ihre Zivilgesellschaft so betrachten, wie wir uns das wünschen – sehr, sehr wichtig ist. Das heißt, Außenpolitik ist immer Beziehung zwischen den Regierungen – natürlich kann es auch mit der Zivilgesellschaft sein –, aber Entwicklungspolitik muss auch die Freiheit haben, eigene Projekte aufzusetzen und nicht immer nur dies zu verbinden mit Harmonie in den politischen Beziehungen. Insofern ergänzt sich das. Es gibt Überschneidungen und deshalb haben wir als Bundesregierung auch immer wieder daran gearbeitet, eine gemeinsame Afrika-Strategie zu haben, weil nur mehrere Ressorts dazu auch wirklich beitragen können; einer alleine kann das nicht.

Der Westen hat sich durch hemmungslose Nutzung der Umweltressourcen über Jahrhunderte entwickelt. Mit welchen Argumenten können Sie die Schwellenländer davon überzeugen, eine saubere Umwelt auch für die reichen Länder und auch für die armen Länder zu garantieren?

Das sind natürlich immer die schwierigsten Diskussionen, weil die Schwellenländer und die Entwicklungsländer mit Recht sagen: Wir haben ja noch einen Entwicklungspfad vor uns, den ihr schon hinter euch habt; und nur weil ihr Raubbau betrieben habt, dürft ihr uns nicht Entwicklung beschränken. Und deshalb ist es wichtig, dass man auf der einen Seite natürlich nicht alle gleich behandelt und sagt: Von heute an müssen alle die gleichen Umweltnormen erfüllen. Aber es ist in den Schwellenländern, insbesondere in China und Indien, natürlich inzwischen das Bewusstsein gewachsen, dass man sich selber schadet, wenn man den gleichen Entwicklungspfad nehmen würde, den wir genommen haben. Und dass es sogar Nutzen und auch technologischen Fortschritt bedeuten kann, wenn man einen anderen Entwicklungspfad einschlägt. Und hier immer wieder den richtigen Kompromiss zu finden, das ist eigentlich die Kunst der internationalen Abmachungen. Und deshalb war ja auch das Pariser Klimaschutzabkommen ein so wichtiger Meilenstein in diesem gegenseitigen Verständnis.

Der westliche Wachstumspfad ist heute nicht mehr alternativlos, in der Wissenschaft spricht man von einer „multiplen Moderne“. Sehen Sie einen möglichen Kulturkonflikt auch in der Politik der Schwellenländer, etwa durch die Bemühungen Chinas um die „neue Seidenstraße“?

Ich glaube, dass wir auf der einen Seite die wirtschaftliche Entwicklung haben, aber auf der anderen Seite natürlich aber auch – bei Ländern wie China oder Indien – auch geostrategische Vorstellungen. Und je stärker die Entwicklung, in China zum Beispiel, voranschreitet, umso mehr entwickelt man natürlich auch Konzepte über die eigene Rolle in einer multipolaren Welt. China hat strategische Interessen, China möchte Handelswege auch mit absichern; hat sich deshalb auch bei den Vereinten

Nationen, in verschiedenen Missionen, mit engagiert und wird Schritt für Schritt auch in der Außenpolitik eine stärkere Rolle spielen. Das, finde ich aber, ist auch in Ordnung. Denn China ist ein großes Land, und ähnlich wird es auch mit Indien sein. Und wir müssen jetzt nur sehen – und dafür bietet G20 natürlich eine ganz gute Voraussetzung –, dass wir auch über diese unterschiedlichen Interessenlagen sprechen; und daraus nicht unversöhnliche Kämpfe machen, sondern – jetzt mal ganz einfach gesprochen – zum Wohle der Weltwirtschaft eine wirkliche Win-Win-Situation daraus machen. Und darum geht in Hamburg.